

Tutzinger Thesen zur Sprachpolitik in Europa

Autor(en): **[s.n.]**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Sprachspiegel : Zweimonatsschrift**

Band (Jahr): **56 (2000)**

Heft 5

PDF erstellt am: **21.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-421784>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Tutzinger Thesen zur Sprachenpolitik in Europa

(Am 3./4. Juni 2000 hat der Deutsche Germanistenverband zusammen mit der Evangelischen Akademie Tutzing die folgenden Thesen erarbeitet, die dazu beitragen sollen, die Sprachenvielfalt auf unserem Kontinent zu sichern.)

Unter Bekräftigung des Grundsatzes der Gleichrangigkeit aller Sprachen der Union (soll) über Instrumente nachgedacht werden, mit deren Hilfe sich der Unterricht und der Gebrauch dieser Sprachen verbessern lassen, so dass jedem Bürger der Zugang zu dem in der sprachlichen Vielfalt wurzelnden kulturellen Reichtum der Union möglich wird.

(Ministerratsentschliessung der Europäischen Union, 31. März 1995)

1. Lingua franca und Sprachenvielfalt

Die gegenwärtige Diskussion um die europäische Sprachenpraxis wird nahezu ausschliesslich von den Kriterien der Effizienz und der Praktikabilität bestimmt. Die Praxis und die sie begleitende theoretische Argumentation zielen auf die möglichst weit greifende Durchsetzung einer «Lingua franca», auf die Durchsetzung des Englischen. Die Ausbreitung des Englischen unterliegt einer erheblichen Eigen-dynamik, die durch den Vereinheitlichungsdruck im Gefolge der Währungsunion noch verschärft wird. Es liegt aber im besonderen Verantwortungsbereich der Philologen, das Neben- und Miteinander der europäischen Sprachen richtig auszubalancieren und für den «kulturellen Reichtum» (s. o.), den die Sprachenvielfalt bietet, Verständnis zu wecken. Die europäische Sprachenvielfalt ist eine der wichtigsten Ressourcen des Kontinents und keineswegs eine «babylonische Sprachverwirrung». Das Bewusstsein für die Möglichkeiten, dieses Potential auszuschöpfen, ist bisher wenig entwickelt. Hier besteht ein grosser Nachholbedarf.

2. Europäische Sprachenkonferenz

Die Verwendung der «Lingua franca» hat Grenzen. Sie sollte als Verständigungsmittel hilfreich sein, nicht aber die Sprachlandschaften flächendeckend überbetonieren. Es ist erforderlich, die Grenzen ihrer Brauchbarkeit zu bestimmen. Es ist erforderlich, eine Struktur sprachlicher Verständigung auszuarbeiten, worin die Sprachenviel-

falt als produktiver Faktor, nicht als Störfaktor wirken kann. Vorgesprochen wird die Einrichtung einer langfristig arbeitenden europäischen Sprachenkonferenz, die aus Politikern sowie Sprach- und Literaturwissenschaftlern zusammengesetzt ist. Sie hätte einen Problemerkatalog zu erstellen und Handlungsmodelle zu entwickeln, die sich in der Kulturpolitik der einzelnen Länder umsetzen lassen (Schul- und Hochschulunterricht, wissenschaftliche Kommunikation, Alltagskommunikation, Themenfelder der so genannt sprachgebundenen Kulturleistungen und der sprachkulturellen Identität). Die Arbeitsgrundsätze der Konferenz wären in einer Sprachencharta festzulegen.

3. Demokratieprinzip

Das Nebeneinander von Englisch und Landessprache darf das Demokratieprinzip nicht verletzen. Alle Bürger müssen sich über sämtliche Bereiche des öffentlichen Lebens in ihrer Muttersprache informieren, müssen in ihrer Muttersprache diskutieren und entscheiden können. Es wird voraussichtlich stets nur einer kleinen Funktionselite gelingen, Englisch ebenso perfekt zu beherrschen wie die eigene Muttersprache. Gerade im Zuge der zunehmenden Kompetenzerweiterung der EU-Behörden wäre es fatal, die Möglichkeiten zur Partizipation auf eine kleine Kaste von Sprachbeherrschern der «Lingua franca» zu beschränken. Es wäre fatal, wenn etwa die ca. 90 Millionen der deutschsprachigen Regionen sich nur «auf Englisch» als «Europäer» verstehen und verständigen könnten. Europa bliebe für sie etwas Fremdes. Neuen Ressentiments, neuen Nationalismen und Separatismen wäre der Boden bereitet.

4. Sprachkulturelle Identität

Die europäischen Nationen beziehen einen wesentlichen Teil ihres Selbstverständnisses aus ihren Sprachen. Es sind durchweg alte Kultursprachen mit einem reichen Bestand an Schriftzeugnissen. Ihre nationale Eigenart zeigt sich in ihrer sprachbildenden Kraft. Der permanente sprachkulturelle Austausch zwischen den einzelnen Regionen, die produktive Rezeption von literarischen, geistlichen, philosophischen, rechts- und naturkundlichen Texten, Handelsdokumenten usw. dürfte wesentlich den «kulturellen Reichtum» hervorgebracht haben, den die Sprachgemeinschaften in je verschiedenen Ausprägungen nun vorweisen können. Die Kultur der sprachlichen Differenz, die Vielfalt der Gedanken- und Ausdruckspotentiale ist

eine wichtige Ressource, vielleicht die wichtigste des an Rohstoffen sonst nicht sonderlich reichen Kontinents.

5. Sprachnachbarschaften

In den Grenz- und Übergangszonen zweier Sprachräume hat schon immer die jeweilige Nachbarsprache den privilegierten Status der wichtigsten, weil nächstgelegenen Fremdsprache gehabt. Es wäre wahrscheinlich weder für die Menschen noch für ihre Kultur gut, wollte man etwa im Oberrheingraben die Deutsch- und die Französischsprachigen dazu konditionieren, künftig vorrangig oder gar ausschliesslich auf Englisch miteinander zu kommunizieren. Eine Option wäre die Erlernung der Nachbarsprache als erster und des Englischen als zweiter Fremdsprache.

6. Wissenschaftssprache

Die meisten europäischen Sprachen sind leistungsfähige Wissenschaftssprachen mit einer ausgebauten Terminologie und unterschiedlichsten sprachlichen Ausdrucksformen. Würde die wissenschaftliche Verständigung, wie jetzt in Deutschland massiv propagiert, aufs Englische festgelegt, dann liesse die Leistungsfähigkeit der anderen Sprachen nach. Riesige Bestände nichtenglischer Fachliteratur kämen weitgehend ausser Gebrauch und näherten sich der Museumsreife, die die lateinischen Buchbestände schon lange haben. Wissenschaftssprache als Erkennungspotential würde entwertet. Gerade in den Geisteswissenschaften spielt für die angemessene Darstellung eines Gegenstandes auch die Beherrschung stilistischer Nuancen eine entscheidende Rolle. Der Vorrat an Sprachbildern, geflügelten Worten, literarischen Anspielungen, über die die Wissenschaftler in ihrer Herkunftssprache verfügen und damit Sprachatmosphäre schaffen können, liesse sich schwerlich ins Englische adäquat hinübernehmen. Das gilt erst recht für die Stilmittel der Ironie und der Parodie.

7. Gestufte Sprachkenntnisse

Nicht Perfektion in einer Fremdsprache, sondern weniger perfekte Mehrsprachigkeit sollte Leitziel einer europäischen Sprachenkompetenz sein. Jeder soll sich in seiner Sprache mitteilen können, und jeder andere soll die Möglichkeit haben, ihn zu verstehen. Das Prin-

zip des Sprachenlernens sollte nicht auf die möglichst perfekte Beherrschung einer Koiné, des Englischen, angelegt werden, sondern auf die leichter erwerbbarere Fähigkeit, möglichst viele Sprachen passiv zu können. Aktive Sprachkompetenz wäre v. a. durch Auslandsaufenthalte zu fördern.

8. Arbeitssprachen

Eine tatsächliche und effiziente Mehrsprachenregelung, die zumindest die grössten Sprachgruppen (Deutsch, Französisch, Englisch, Italienisch und Spanisch) umfasst, hätte den Vorteil, dass es der absoluten Bevölkerungsmehrheit der EU (ca. 30 Millionen) möglich wäre, bei den EU-Behörden direkt in ihrer Muttersprache vorstellig werden zu können und ohne Dolmetscher verstanden zu werden.